

20. VII. 1917

Die österreichische Krise.

Ziemlich plötzlich, aber keineswegs unerwartet ist in Oesterreich eine Krise ausgebrochen und hat das Ministerium Clam-Martinić seine Demission eingereicht. Wer die Verhältnisse jenseits der Leitha auch nur mit ein klein wenig Aufmerksamkeit verfolgt, dem mußte es schon seit geraumer Zeit klar sein, daß die Einberufung des Reichsrathes für die ministerielle Existenz des Grafen Clam-Martinić verhängnißvoll sein wird. Wie erinnerlich, hat der junge Monarch gleich nach seinem Regierungsantritte von seinem Ministerpräsidenten Vorschläge bezüglich der Wiederberufung des Parlamentes gefordert, und als Körber stürzte und Clam-Martinić sein Nachfolger wurde, glaubte alle Welt, seine erste und wichtigste Aufgabe werde die Einberufung des Reichsrathes sein. Doch vergeblich wartete ganz Oesterreich hierauf, Monat auf Monat verging, das Parlament blieb weiter in jener Versenkung, in die es Stürgkh hatte verschwinden lassen, hiefür wurden aber Gerüchte flügge, daß Graf Clam-Martinić die wichtigsten politischen Probleme, so das deutsch-czechische und das der Staatsprache und der Geschäftsordnung des Hauses, sowie der Sonderstellung Galiziens mittels Dctroi ordnen und dann erst den Reichsrath einberufen wolle.

So sehr aber auch die extrem-nationalistischen deutschen Elemente und alle Polen auf das Dctroi drängten, unterblieb dasselbe dennoch, weil noch rechtzeitig die Erkenntniß zum Durchbruch kam, daß ein solches Dctroi gleichbedeutend gewesen wäre mit einem endgiltigen Zusammenbruch des öst. Reichsrathes, was aber in den jetzigen Zeitläuften ein gar zu gewagtes Experiment und es überdies doch eine gar zu leichtfertige Politik gewesen wäre, vor Beendigung des Krieges bezüglich Galiziens endgiltige Entscheidungen zu treffen. So kam es denn zu keinem Dctroi und waren damit auch die Czechen für den Reichsrath gewonnen, dafür fühlten sich aber die Polen derart verletzt, daß sie, die früher stets die Stützen des Reichsrathes waren, nun zu einer Gefahr für ihn wurden. Recht eigentlich ist das Verhältniß so, daß sie die Sonderstellung Galiziens, trotzdem sie noch nicht durchgeführt ist, schon eskomptirt haben und sich als Fremdkörper im Reichsrath betrachten. Wohl wollen sie als Mitglieder desselben für Galizien noch allerhand Vortheile ergattern, gleichzeitig sich aber möglichst unangenehm machen, um ja nur eher abgestoßen zu werden und ihre Sonderstellung zu bekommen.

Thatsächlich haben denn auch die Polen sofort bei Zusammentritt des Reichsrathes ganz exorbitante finanzielle und politische Forderungen gestellt, und als Graf Clam-Martinić dieselben verweigerte, beschloßen sie, ihm kein Budgetprovisorium zu votiren. Da aber ohne die Polen Graf Clam-Martinić keine Majorität zusammenbringen kann, entstand hieraus eine Krise, in deren Verlaufe das Gesamtkabinet seine Demission unterbreitete. Nachdem nun Graf Clam keinerlei Lust hat, vom öffentlichen Schauplatz abzutreten, will er es mit einer Rekonstruktion seines Kabinetes versuchen und hat hiezu auch schon angeblich die Zustimmung des Monarchen bekommen. Doch daß damit die Krise beschworen sein wird, erscheint uns als höchst unwahrscheinlich, weil, wenn auch der Ausbruch der Krise von den Polen provoziert ist, doch ihre eigentlichen Ursachen viel tiefer liegen.

Graf Clam-Martinić hat sich, seitdem er

Ministerpräsident geworden, nicht den Pfifferling um die verschiedenen Parlamentsparteien gekümmert. Die aber wollen nicht mehr ein ihnen fremdes, von ihnen unabhängiges Kabinet, sondern ein parlamentarisches Kabinet. Und da gleichzeitig der Ruf nach Konzentration aller Kräfte laut geworden ist, kann es keine andere Lösung geben, als die eines parlamentarischen Konzentrationskabinetts. Daß demselben noch mancherlei Schwierigkeiten im Wege stehen, ist gewiß, aber kaum größere als jeder anderen regierungsfähigen Neubildung. Diese wie jene muß die extremen nationalistischen Hezer ausschließen, und es ist viel klüger, wenn das bei allen Nationalitäten geschieht, als nur bei einer. Man muß nur einmal in Oesterreich endlich wollen und dann kann Ordnung gemacht werden. So lange aber Regierungen an der Spitze stehen, denen an der Ordnung nichts liegt, weil sich mit dem Paragraph 14 bequemer regieren läßt, ist es schwer, Ordnung zu schaffen.